

PRESSEDIENST

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Fon: 9029-14908 Fax: 9029-14914
e-mail: fraktion@gruene-cw.de
<http://www.gruene-cw.de>



Große Anfrage und Anträge an die BVV am 28. Mai 2020

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Kaas Elias

Lage des und Zukunft des Gesundheitsamtes

Wir fragen das Bezirksamt:

- 1.) Wie bewertet das Bezirksamt das am 14. und 15. Mai 2020 von Bundestag und Bundesrat beschlossene sogenannte Pandemie-Gesetz insbesondere in Bezug auf den Personalschlüssel und die dort verankerten Maßnahmen wie präventive Corona-Tests?
- 2.) Welchen Mehrbedarf an Personal und Geldern sieht das Bezirksamt, um das Pandemie-Gesetz umzusetzen und wie setzt sich das Bezirksamt dafür ein, die nötigen Mittel und Fachkräfte für den Mehrbedarf für das Gesundheitsamt zu decken?
- 3.) Wie ist der aktuelle Stand des Mustergesundheitsamtes und welche Möglichkeiten sieht das Bezirksamt, dieses umzusetzen.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Kaas Elias/Gusy

Kantstraße weiter entwickeln

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten gemeinsam mit den zuständigen Stellen zu prüfen, wie die Kantstraße in der Form entwickelt werden kann, damit der Bus-, Rad- und Lieferverkehr dort gut stattfinden können. Das Ziel soll ein Konzept für die zukünftige Gestaltung der Kantstraße sein.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:

Nicht erst mit dem temporären Radstreifen hat die Diskussion um die Gestaltung der Kantstraße begonnen. Um dem Fahrrad wie dem Bus ausreichend Platz zu geben, schlagen Changing Cities vor, den motorisierten Individualverkehr aus der Kantstraße rauszunehmen.

Diesen Ansatz wollen wir mit diesem Antrag aufgreifen und prüfen lassen, wie der motorisierte Individualverkehr aus der Kantstraße rausgehalten werden kann und zugleich der Lieferverkehr hier zukünftig gestaltet werden kann.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/ Wapler/ Drews/ Centgraf

Sonnenernte von Schuldächern des Bezirks

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, das Angebot der Stadtwerke Klima anzunehmen, auf den Dächern von Bildungseinrichtungen im Bezirk Solaranlagen zu errichten und sie mit den erforderlichen vertraglichen Regelungen zu beauftragen.

Es handelt sich dabei um die folgenden fünf Liegenschaften:

- Walter-Rathenau-Gymnasium (Herbertstraße)
- Peter-Ustinov-Schule (Kuno Fischer Straße)
- Heinz-Berggruen-Gymnasium (Bayernallee)
- Waldschule (Waldschulallee)
- Werner-Ruhemann- Sporthalle Forckenbeckstraße

In der Folge soll das Bezirksamt die Stadtwerke Klima beauftragen, Umsetzungsschritte für das Gutachten der FHTW zu entwickeln.

Der BVV ist bis zum 31. Oktober 2020 zu berichten.

Begründung:

Die Leistung der fünf Standorte wurde in der Summe mit 232 kW_{peak} berechnet. Dies würde im Jahresertrag dem durchschnittlichen Stromverbrauch von 100 Haushalten entsprechen. Angesichts bevorstehender Aufgaben einer solaren Energiewende ist das zwar nicht viel, im Vergleich zur bestehenden Kapazität von PV-Anlagen auf bezirkseigenen Dachflächen von 368kW_{peak} aber ein merklicher Schritt vorwärts.

Das Angebot der Stadtwerke ist auch in bildungspolitischer Sicht sinnvoll, da der größte Teil des erzeugten Stroms an den Schulstandorten selbst genutzt werden kann. So bietet es sich z.B. an, die solare Ausstattung der Dächer für den umwelt- und klimakundlichen Unterricht in den Schulen zu nutzen.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Drews/ Boden/ Kaas Elias

Ausreichender Infektionsschutz in den Gemeinschaftsunterkünften für Wohnungslose und Geflüchtete

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt soll sich dafür einsetzen, dass die Belegung in den Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete und Wohnungslose verringert wird, um in ihnen ausreichend Infektionsschutz zu gewährleisten. Zugleich soll sich das Bezirksamt dafür einsetzen, dass alle Gemeinschaftsunterkünfte mit ausreichend WLAN versorgt werden.

Der BVV ist bis zum 31.08.2020 zu berichten.

Begründung:

Auch in den Gemeinschaftsunterkünften muss es genügend Abstand geben, damit sich das Corona-Virus nicht oder nicht so schnell ausbreitet. In vollen Gemeinschaftsunterkünften ist das schwierig. Daher ist die Belegungsdichte zu verringern. Dies kann u.a. dadurch geschehen, in dem ein Teil der Menschen aus den Gemeinschaftsunterkünften z.B. (temporär) in Hotels oder Hostels untergebracht werden. Diese dürfen auf Grund der aktuellen Eindämmungsverordnung keine Zimmer auf Grund touristischer Zwecke vergeben.

Dass es in allen Gemeinschaftsunterkünften WLAN geben soll, ist eine alte Forderung der BVV (BVV-Beschluss "W-LAN und Internetzugang in Unterkünften für Flüchtlinge", Drucksache 1373/4) und diese sollte im Bezirk umgesetzt werden. Damit ist es Schüler*innen in Gemeinschaftsunterkünften möglich, das digitale Home Schooling zu nutzen, um so nicht vom Lernstoff abgehängt zu werden.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Özbagci

Kein Kind zurücklassen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass ein Konzept entwickelt wird, dass die durch die Schulschließungen und parallel stattfindenden Fernunterricht entstandenen Kompetenzlücken zwischen den Schüler*innen geschlossen werden.

Der BVV ist bis zum 31.07.2020 zu berichten.

Begründung:

Durch die Schulschließungen und den gleichzeitig stattfindenden Fernunterricht sind insbesondere Schüler*innen benachteiligt worden, bei denen die technische Ausstattung im

Elternhaus oder die notwendige elterliche Unterstützung fehlten. Die dadurch entstehenden Kompetenzlücken zwischen den Zuhause erfolgreich lernenden und abgehängten Schüler*innen müssen zeitnah geschlossen werden, damit es im weiteren Bildungsweg nicht zu Benachteiligungen und Chancenungleichheiten kommt.